https://www.berliner-zeitung.de/news/berlin-feuerwehr-herzprobleme-und-schlaganfaelle-zahl-der-rettungseinsaetze-steigt-stark-an-li.222431
14.4.2022

Herzprobleme und Schlaganfälle: Zahl der Rettungseinsätze steigt stark an

Der SPD-Abgeordnete Robert Schaddach hat die Einsätze der Berliner Feuerwehr wegen Herzbeschwerden und Schlaganfällen abgefragt.

Die Zahl der Rettungseinsätze der Berliner Feuerwehr unter den Stichworten Herzbeschwerden sowie Schlaganfall ist im Jahr 2021 stark angestiegen. Das geht aus der Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Robert Schaddach hervor. Hier heißt es: „Ziel der Anfrage ist die Ermittlung der Einsatzzahlenentwicklung der Berliner Feuerwehr im Hinblick auf Herzbeschwerden und Schlaganfälle in den zurückliegenden vier Jahren."

Unter den Stichworten „Herzbeschwerden / Implantierter Defibrillator" sowie „Brustschmerzen / Andere Beschwerden in der Brust" stieg die Zahl der protokollierten Einsätze im Jahr 2021 im Vergleich zu den Durchschnittswerten aus den Jahren 2018/2019 um 31 Prozent auf insgesamt 43.806 Einsätze. Die Zahl der protokollierten Einsätze unter den Stichworten „Schlaganfall / Transitorisch Ischämische (TIA) Attacke" stieg im Vergleich zu den Durchschnittswerten aus den Jahren 2018/2019 um 27 Prozent auf insgesamt 13.096 Einsätze.

In der Anfrage vom 10. März 2022 will Schaddach dazu wissen: „Wie wird eine mögliche Veränderung der Einsatzzahlen im Hinblick auf Herzbeschwerden aus Sicht der Berliner Feuerwehr bewertet?" Die Antwort der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport vom 7. April 2022:

„Veränderungen bei der Häufigkeit der Nutzung der Hauptbeschwerdeprotokolle ‚Herzbeschwerden / Implantierter Defibrillator' sowie ‚Brustschmerzen / Andere Beschwerden in der Brust'

im Rahmen der standardisierten Notrufabfrage können mit einer intensiveren Protokollnutzung, der Einklassifizierung von Symptomen, der Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements, aber auch der Veränderung der Einsatzzahlen in der Notfallrettung, beispielsweise durch Bevölkerungswachstum oder demografischen Wandel, zusammenhängen."
……..

https://www.berliner-kurier.de/politik-wirtschaft/achtung-neue-corona-regel-ab-heute-bekommen-nur-noch-geboosterte-lohnfortzahlung-li.222642 15.4.2022

Auffrisch-Impfung muss nachgewiesen werden :

Achtung, neue Corona-Regel: Ab heute bekommen nur noch Geboosterte Lohnfortzahlung!

Die Corona-Maßnahmen sind weitgehend abgeschafft, auch die Maskenpflicht ist erheblich gelockert. Doch es gibt auch Bereiche, in denen bei der hohen Corona-Inzidenz nachgeschärft wird. So gilt ab heute eine wichtige Änderung für Beschäftigte im Krankheitsfall.

Denn wie die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) Ende März beschlossen hat, erhalten Arbeitnehmer ohne Booster-Impfung ab dem 15. April keine Lohnfortzahlung mehr bei einer Covid-19-Erkrankung. Wird für lediglich doppelt geimpfte Arbeitnehmer also eine Isolation angeordnet, so besteht kein Anspruch mehr auf Entschädigung für den Verdienstausfall nach Paragraf 56 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG). …

https://philosophia-perennis.com/2022/04/15/skandal-ungeimpfte-pflegekraefte-sollen-keine-bonuszahlungen-bekommen/ 15.4.2022

Skandal – Ungeimpfte Pflegekräfte sollen keine Bonuszahlungen bekommen

Der Entwurf eines Gesetzes zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, kurz Pflegebonusgesetz

genannt, sieht vor, dass aus dem Bundeshaushalt insgesamt eine Milliarde Euro für Prämienzahlungen zur Verfügung gestellt wird. Dabei werden 500 Millionen Euro im Krankenhausbereich verwendet und weitere 500 Millionen Euro für Prämienzahlungen im Bereich der Langzeitpflege eingesetzt.

Dazu wird das Krankenhausfinanzierungsgesetz geändert und folgender § 26e eingefügt: „Erneute Sonderleistung an Pflegefachkräfte aufgrund von besonderen Belastungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie".

Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild

Im Teil „Begründungen" unter Punkt B „Besonderer Teil" findet sich folgender brisanter Satz: „Keine Sonderleistung erhalten Beschäftigte, die aufgrund eines Tätigkeitsverbots nach § 20a Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes zum Stichtag am 30. Juni 2022 zwar beschäftigt, aber nicht tatsächlich tätig sind."

Entsetzt äußerst sich die Ärztin und AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum, Mitglied im Gesundheitsausschuss: „Es bestätigt sich, dass unsere Regierung immer weiter in Richtung Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild voranschreitet: Wohlverhalten wird belohnt, kritisches und eigenverantwortliches Handeln bestraft."

Diese im Gesetzesentwurf vorgenommene Unterscheidung der Arbeitsleistung von ‚geimpften' und ‚ungeimpften' Pflegekräften durch den Ausschluss von Sonderzahlungen für Ungeimpfte sei „ein Skandal und nicht hinnehmbar".

Nur die erbrachte Leistung, die alle Pflegekräfte vor der staatlich verordneten Diskriminierung Ungeimpfter vorbildlich geleistet haben, dürfe das Kriterium dafür sein. Alles andere sei „kommunistische Gesinnungspolitik". ……..

Politik muss Teil-Impfpflicht zurücknehmen

Das Bonus-Problem ist nur Teil eines größeren Problems, das derzeit die problematischen Verhältnisse in der Pflege extrem verschärft. Sahra Wagenknecht dazu: „Das Scheitern der allgemeinen Impfpflicht im Bundestag ist ein Erfolg. Doch auch bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht muss die Politik nun endlich zur Vernunft kommen. ……..

https://reitschuster.de/post/der-maskensumpf-millionen-provisionen-fuer-vermittlung/ 16.4.2022

Der Maskensumpf – Millionen-Provisionen für Vermittlung Alles rechtmäßig: Generalbundesanwalt exkulpiert Beschuldigte

Im Ausgangsjahr der Pandemie bestellte der Bund mehr als eine Milliarde OP- und FFP2-Masken. Das Auftragsvolumen belief sich auf gut zwei Milliarden Euro.

Masken würden nicht helfen, hieß es damals zur Zeit der Bestellungen, weil noch nicht ausreichend davon vorhanden waren. Dieses Narrativ wurde erst später geändert.

Wie im Rausch kaufte das Gesundheitsministerium (BMG) unter Jens Spahn Schutzkleidung und Desinfektionsmittel ein. Die Beweise dafür, dass Masken nicht zur Bekämpfung des Virus geeignet sind und insbesondere für Kinder schädlich sein können, sind stabil und eindeutig.

An diesen Einkäufen waren u.a. 40 Bundestagsabgeordnete beteiligt, die als Vermittler auftraten und Angebote der anbietenden Unternehmen an das einkaufende BMG weiterleiteten. Die meisten von ihnen kassierten dafür aber keine Provision – zumindest nicht persönlich. Wäre das der Fall gewesen, hätten die Abgeordneten dies lediglich publik machen müssen. Denn Abgeordnete dürfen Nebeneinkünfte haben und auch unternehmerisch tätig werden.

Tätigkeiten und Einnahmen, die auf mögliche Interessenskonflikte hindeuten, sind dem Bundestagspräsidenten zu melden und zu

veröffentlichen. Weiterhin müssen alle Einnahmen über einer Summe von 1.000 Euro pro Monat oder 10.000 Euro pro Jahr gemeldet werden.

Neben den Abgeordneten, die zumindest offiziell keine Provision kassierten, sind da aber noch die Vorgänge um die Abgeordneten Georg Nüßlein (ex-CSU) und Alfred Sauter (CSU) zu erwähnen. Die beiden Volksvertreter hatten 660.000 Euro (Nüßlein) und 1,2 Millionen Euro (Sauter) Provision kassiert.

Dies war der Lohn für die Einfädelung von Maskenverkäufen der hessischen Textilfirma Lomotex an die Gesundheitsministerien in Bayern und des Bundes sowie an das Bundesinnenministerium in Höhe von insgesamt knapp 63 Millionen Euro. Dies sei nach Ansicht des OLG München und nun auch der Bundesanwaltschaft legal gewesen.

Gegen diese Zahlungen hatten die Staatsanwaltschaften München und Berlin Beschwerde erhoben.

OLG München weist Korruptionsklage ab

Gegen Nüßlein, Sauter und Tandler leiteten die Staatsanwaltschaften der Bundesländer München und Berlin Verfahren auf Korruptionsverdacht ein, die derzeit vom Bundesgerichtshof (BGH) bearbeitet werden. Zuvor hatte die Generalstaatsanwaltschaft München den Prozess vor dem OLG-München verloren. Seitens der Staatsanwaltschaft sollte hier ein Musterprozess zum Tatbestand der Abgeordnetenbestechung durchgeführt werden, um ein Exempel gegen Korruption von Abgeordneten zu statuieren.

Der Prozess endete in einer heftigen Niederlage für die Staatsanwaltschaften. Die sichergestellten Provisionen mussten den Beschuldigten zurückgezahlt werden. Die Staatsanwaltschaft ging in Beschwerde gegen die Beschlüsse des OLG.

Die Beschuldigten erhielten lediglich eine Rüge für die Durchführung der Geschäfte, die zu “Demokratieverdruss” führen könnten. …….

https://uncutnews.ch/griechische-beschaeftigte-im-gesundheitswesen-treten-in-den-hungerstreik-wir-brauchen-keinen-impfpass-um-frei-zu-sein/ 17.4.2022

Griechische Beschäftigte im Gesundheitswesen treten in den Hungerstreik: „Wir brauchen keinen Impfpass, um frei zu sein".

Am 17. Tag des Hungerstreiks gegen Griechenland's COVID-19-Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen erklärte eine suspendierte Beschäftigte des Gesundheitswesens gestern vor einer Menge von Demonstranten in Athen: "Wir brauchen keine Impfpässe, um frei zu sein".

Zoe Vagiopoulou, eine der Hungerstreikenden, hielt vor dem griechischen Parlamentsgebäude eine Rede, die in den sozialen Medien Griechenlands hohe Wellen schlug.

Vagiopoulou sagte:

„Wir befinden uns seit 17 Tagen im Hungerstreik für das Recht auf Arbeit. Arbeit ist ein Recht, das uns niemand verwehren kann. Wir sind 7.500 Familien [referring to the number of healthcare workers who remain suspended] außerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems, in das unsere Eltern und Großeltern eingezahlt haben, von dem wir aber durch ständige Entscheidungen, die gegen das Gesetz und die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen, ausgeschlossen wurden."

Vagiopoulou ist eine von fünf griechischen Beschäftigten des Gesundheitswesens, die sich am 21. März einem Hungerstreik angeschlossen haben, um gegen ihre Suspendierung und die anhaltenden COVID-bedingten Einschränkungen zu protestieren.

Das griechische Gesundheitsministerium hat alle Beschäftigten des Gesundheitswesens, die den Stichtag 1. September 2021 für die obligatorische COVID-Impfung für medizinisches Personal nicht

eingehalten und bis zum 31. März keine Auffrischungsdosis erhalten hatten, in unbezahlten Urlaub versetzt.

Viele der schätzungsweise 10.000 Beschäftigten des Gesundheitswesens, die sich nicht impfen ließen, haben anhaltende Proteste organisiert und damit den konsequentesten und nachhaltigsten Widerstand gegen die von der griechischen Regierung verhängten Restriktionen geleistet – Maßnahmen, die als die strengsten in Europa gelten. …….

https://report24.news/impfzwang-bei-airlines-geimpfter-pilot-erleidet-nur-minuten-nach-der-landung-herzstillstand/?feed_id=15048
20.4.2022

Impfzwang bei Airlines: Geimpfter Pilot erleidet nur Minuten nach der Landung Herzstillstand

Ein Pilot der American Airlines, Robert Snow, erlitt am 9. April nur sechs Minuten nach der Landung einer voll besetzten Maschine in Dallas einen Herzstillstand. Rund 200 Passagiere kamen gerade so mit dem Leben davon. Die Airline hatte den Piloten zur Covid-Impfung genötigt – andernfalls wäre er seinen Job los gewesen.

Der Pilot musste wiederbelebt werden, überlebte und wandte sich während seines nachfolgenden Klinikaufenthaltes an die „US Freedom Flyers„. Deren Mitgründer Joshua Yoder, selbst Pilot, sprach im Interview bei der „Stew Peters Show" über den Vorfall. Yoder zufolge existieren bereits Hunderte ähnliche Fälle, die von den Airlines vertuscht werden. Der Impfzwang hat seiner Aussage nach katastrophale Folgen für die Flugindustrie: Personal fällt wegen Impfnebenwirkungen aus, Flüge müssen reihenweise gecancelt oder verschoben werden, und auch die Sicherheit der Passagiere wird durch das Forcieren der nebenwirkungsreichen Impfung aufs Spiel gesetzt. Robert Snow hatte sich bester Gesundheit erfreut – bis zum Covid-Schuss.

Snow selbst hat sich mit einer Video-Botschaft an die Öffentlichkeit gewandt. Das Video wurde direkt in der Klinik aufgenommen. Snow

berichtet, dass er am 7. November zur Impfung verpflichtet worden war – hätte er nicht nachgegeben, wäre er gefeuert worden. Für ihn steht außer Frage, dass der Herzstillstand auf die Covid-Impfung zurückzuführen ist. Man merkt ihm die Wut über die Situation an: Er habe seiner Tochter, die ebenfalls Pilotin werden möchte, das Fliegen beibringen wollen – doch nun werde er wahrscheinlich nie wieder fliegen können. Er weist explizit darauf hin, dass er kein Einzelfall ist: Er sei nur eines der Opfer der Impfung. „Dies ist das tatsächliche Ergebnis der Impfung für einige von uns", konstatiert er und zeigt auf sich selbst in seinem Krankenhausnachthemd. Die Situation sei inakzeptabel. …….

https://reitschuster.de/post/maske-verweigert-albaniens-regierungschef-fliegt-aus-lufthansa-maschine/ 18.4.2022

Von Kai Rebmann

Maske verweigert – Albaniens Regierungschef fliegt aus Lufthansa-Maschine Ministerpräsident Edi Rama von der Polizei aus dem Flugzeug begleitet

Edi Rama ist seit September 2013 Ministerpräsident von Albanien, im September 2021 wurde er vom Parlament zum zweiten Mal in diesem Amt bestätigt. ……

Im Dezember 2021 hat Edi Rama am Flughafen in Frankfurt/Main für einen Eklat gesorgt, der um ein Haar zu diplomatischen Verwicklungen geführt hätte.

Der ehemalige albanische Basketball-Nationalspieler wollte mit seiner Delegation von Frankfurt nach Detroit (USA) fliegen. Dem Vernehmen nach trug Rama dabei lediglich eine einfache Stoffmaske. Das Bordpersonal forderte den Politiker auf, stattdessen entweder eine FFP2-Maske oder eine OP-Maske aufzusetzen. Nachdem Rama dies verweigert hatte, wurde der Kapitän der Lufthansa-Maschine hinzugezogen, der den albanischen Regierungschef aber ebenfalls nicht umstimmen konnte. Als letzten Ausweg, um diese offenbar als akute Gefährdung des

Bordpersonals und der übrigen Passagiere empfundene Lage lösen zu können, sah sich der Lufthansa-Kapitän dazu gezwungen, die Polizei zu verständigen. Diese begleitete Rama und seine Delegation schließlich aus dem Flugzeug, das kurz darauf ohne den Ministerpräsidenten in Richtung USA abhob.

Das Auswärtige Amt, das in der Zwischenzeit über den Vorfall informiert worden war, schickte eine Mitarbeiterin zum Flughafen, um sich der Sache anzunehmen. Der Diplomatin gelang dann, woran sowohl das Lufthansa-Personal als auch die Polizei zuvor noch gescheitert waren. Rama ließ sich doch noch davon überzeugen, sich einen regelkonformen Mundschutz umzuschnallen, und konnte seine Reise in die USA mit einer anderen Lufthansa-Maschine fortsetzen. Wohl auch um den diplomatischen Schaden zu begrenzen, wurde auf die Verhängung eines Bußgeldes verzichtet. ……

https://www.epochtimes.de/politik/ausland/polen-verweigert-weitere-lieferungen-und-zahlungen-von-corona-impfdosen-a3799200.html
19.4.2022

Polen verweigert weitere Lieferungen und Zahlungen von Corona-Impfdosen

Angesichts eines Bergs von ungenutzten Impfdosen will Polen keine weiteren Vakzine mehr abnehmen. Sein Land habe die EU und das Pharmaunternehmern Pfizer Ende vergangener Woche unter Berufung auf die Härtefallklausel darüber informiert, dass es weitere Lieferungen und Zahlungen verweigere, sagte Gesundheitsminister Adam Niedzielski am Dienstag dem Nachrichtensender TVN24.

Seinen Worten zufolge hat Polens Ansinnen bereits einen Rechtsstreit ausgelöst. Gleichzeitig sagte er, die EU-Kommission habe die Verträge mit den Impfstoff-Herstellern unterzeichnet, Polen aber sei nicht direkt an dem Vertrag beteiligt.

Laut dem Minister sitzt sein Land noch auf 25 Millionen ungenutzter Impfdosen, während bereits 67 bis 70 Millionen weitere Dosen bestellt sind. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind 51 Prozent der 38 Millionen Polen „vollständig geimpft", 59 Prozent habe nur eine Dosis erhalten. Zudem ist die Impfrate demnach in letzter Zeit deutlich gesunken.

Da seine finanzielle Lage nicht zuletzt auch wegen der vielen Flüchtlinge aus der Ukraine angestrengt sei, habe Polen noch versucht, die Lieferungen auf mehrere Jahre zu strecken – doch vergeblich, sagte Niedzielski. Er fügte hinzu: „Wir sind von der Haltung der EU-Kommission und der Impfstoffhersteller sehr enttäuscht."

EU-Kommissionssprecher Stefan De Keersmaecker sagte zu der polnischen Kritik, die EU-Mitgliedstaaten seien nun mal an ihre vertraglichen Verpflichtungen gebunden. Die Kommission verstehe jedoch „die schwierige Lage Polens" und werde weiterhin Gespräche zwischen der polnischen Regierung und dem Unternehmen unterstützen, „um eine pragmatische Lösung zu finden". (afp/dl)

https://report24.news/pfizer-wusste-bescheid-hinweise-auf-unterdruecktes-immunsystem-durch-impfung-schon-anfang-2021/?feed_id=14998 19.4.2022

Pfizer wusste Bescheid: Hinweise auf unterdrücktes Immunsystem durch Impfung schon Anfang 2021

Erwartungsgemäß bringt die mittlerweile deutlich beschleunigte Veröffentlichung der Pfizer-Dokumente in den USA stetig neue Erkenntnisse mit sich – die meisten davon alles andere als positiv. So geht aus einem am 24. März 2022 publizierten Dokument des Pharma-Riesen hervor, dass man dort sehr wohl von der immunsuppressiven Eigenschaft des mRNA-Vakzins gegen Covid-19 wusste.

Das Dokument ist auf Mai 2021 datiert und stellt einen Antrag auf „Priority Review"-Designation bei der FDA dar – also letztendlich auf eine

beschleunigte Begutachtung durch die Behörde. Neben der Feststellung, dass tatsächlich verstärkt jüngere Menschen von Nebenwirkungen der Impfung betroffen sind (also jene, die durch Covid nicht gefährdet sind), findet sich darin ein überaus interessanter Absatz: ……

Zusammengefasst: Klinische Laboruntersuchungen haben eine angeblich vorübergehende Abnahme von Lymphozyten (= Immunzellen) bei allen Alters- und Dosierungsgruppen nach der ersten Impfung ergeben (sprich: eine Unterdrückung des Immunsystems). Laut Pfizer soll sich diese nach einer Woche wieder zurückgebildet haben. …….Man betrachtet die beobachtete Abnahme von Lymphozyten als nicht klinisch relevant.

Jedoch: Experten und Mediziner weltweit stellen mittlerweile fest, dass die Impfung eine längerfristige Dysregulation (Störung, Fehlregulation) des Immunsystems nach sich zu ziehen scheint. Die Folge sind nicht nur aufflammende Virusinfektionen, sondern auch massiv zunehmende Krebserkrankungen unter Impflingen. …….

https://www.theepochtimes.com/canada-is-the-worlds-largest-prison_4412372.html?welcomeuser=1 19.4.2022

Canada Is the World's Largest Prison

Canada, a country of 38 million, has 6 million political prisoners, the number of partially vaccinated or unvaccinated Canadians that the Trudeau government prevents from boarding a plane or boat to leave the country.

No medical or public health rationale prevents them from leaving Canada—these Canadians would be welcome to board an Air France plane to Paris or a British Airways plane to London, if only Canada's federal government didn't bar them. Apart from police states such as North Korea and Cuba, no country on earth confines its own citizens under this form of house arrest. Canada in effect is the world's largest prison and its prime minister, Justin Trudeau, is the world's foremost jailer.

Any public health rationale for confining those not fully vaccinated to Canada has long disappeared. The COVID-19 vaccines were designed for early strains of the virus, not for the Omicron now circulating, for which no vaccine exists. Moreover, vaccine mandates are not recommended by either the World Health Organization or the Centers for Disease Control. As Anthony Fauci and others recently reported in a study, "neither infection nor vaccination appears to induce prolonged protection against SARS-CoV-2 in many or most people." ……

https://t.me/Haintz/23990 19.4.2022

In Kanada, einem Land mit 38 Millionen Einwohnern, gibt es 6 Millionen politische Gefangene. Das ist die Zahl der teilweise geimpften oder ungeimpften Kanadier, die von der Trudeau-Regierung daran gehindert werden, ein Flugzeug oder ein Schiff zu besteigen, um das Land zu verlassen.

Es gibt keine medizinischen oder gesundheitspolitischen Gründe, die sie daran hindern, Kanada zu verlassen - diese Kanadier könnten gerne eine Air-France-Maschine nach Paris oder eine British-Airways-Maschine nach London besteigen, wenn die kanadische Bundesregierung sie nicht daran hindern würde. Abgesehen von Polizeistaaten wie Nordkorea und Kuba gibt es kein Land auf der Welt, das seine eigenen Bürger mit dieser Form des Hausarrests einsperrt. Kanada ist faktisch das größte Gefängnis der Welt und sein Premierminister Justin Trudeau ist der beste Gefängniswärter der Welt. …..

https://report24.news/who-chef-wirbt-fuer-bill-gates-buch-ueber-die-naechste-pandemie/ 19.4.2022

WHO-Chef wirbt für Bill Gates‘ Buch über die „nächste Pandemie"

Ein kleiner Gefallen für den wichtigsten Geldgeber? WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus posierte am 15. April mit Bill Gates‘ neuestem Buch „How to prevent the next pandemic" (Auf Deutsch: „Wie wir die

nächste Pandemie verhindern") auf Twitter und betätigte sich als werbefreudiger Influencer.

„Vielen Dank @BillGates für die Zusendung eines Exemplars Ihres neuen Buches. Ich stimme voll und ganz zu, dass wir nach Lehren von #COVID19 handeln und innovativ sein müssen, damit wir schnelle und gerechte Gesundheitslösungen liefern können, um die nächste Pandemie zu verhindern." @gatesfoundation

Dass die WHO keine unabhängige Organisation ist, die das Wohl der Weltbürger im Sinne hat, dürfte spätestens seit der Covid-Krise jedem vernunftbegabten Menschen bewusst geworden sein. Die WHO ist bekanntermaßen hochgradig abhängig von den Geldern der Bill & Melinda Gates-Foundation – was Bill Gates, der durch seine Investitionen im Gesundheitswesen eindeutig persönliche Interessen verfolgt, aber kein Medizin-Experte ist, viel Macht und Einfluss beschert.

Dabei sollen auch die weltweiten Befugnisse der WHO wachsen: Im Rahmen des „Pandemie-Vertrags" ist geplant, dass verordnete „Maßnahmen" der demokratisch nicht legitimierten Organisation in Zukunft sogar die Verfassungen der Mitgliedsstaaten aushebeln können – alles unter dem Deckmäntelchen der „Pandemie-Bekämpfung". Das freut nicht nur den WHO-Chef, sondern sicherlich auch den Geldgeber, nach dessen Pfeife er tanzt. ….

https://www.merkur.de/deutschland/niedersachsen/arbeitgeber-gastromuessen-impfdaten-loeschen-sonst-drohen-konsequenzen-corona-nds-news-91487311.html#Echobox=1650440592 20.4.2022

„Unangekündigte Kontrollen": Arbeitgeber müssen Impfdaten löschen

Hannover – Wer als Arbeitgeber noch Impfdaten über seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt, macht sich damit strafbar. Denn seit dem der Großteil aller Corona-Regeln und -Beschränkungen in Niedersachsen aufgehoben wurde, ist es verboten, personenbezogene Corona-Daten von Angestellten weiterhin zu dokumentieren und zu

speichern. Die Datenschutzbeauftragte für Niedersachsen, Barbara Thiel von der CDU, hat deshalb darauf hingewiesen, dass Unternehmen die Daten umgehend wieder löschen müssen. Das berichtet kreiszeitung.de.

Arbeitgeber müssen Impfdaten von Angestellten löschen, sonst drohen „unangekündigte Kontrollen"

„Wer sich noch nicht darum gekümmert hat, sollte das spätestens jetzt tun, um keine rechtswidrigen Datenfriedhöfe anzulegen", so Thiel am Dienstag mit. Als Beispiel nennt sie die Zugangsbeschränkung am Arbeitsplatz nach der 3G-Regel, die den Impf- und Teststatus der Mitarbeiter umfasst. Die Impfung gegen das Coronavirus scheint damit am Arbeitsplatz weitgehend wieder zur Privatsache geworden zu sein.

Arbeitgeber müssen Corona-Daten löschen: Auch in der Gastronomie müssen Impf-Daten gelöscht werden

Die Überprüfung, ob die Daten letzten Endes auch wirklich gelöscht werden hingegen nicht. Thiel kündigte an: „Ich behalte mir vor, hierzu in diesem Jahr unangekündigte Kontrollen in Unternehmen und anderen Einrichtungen durchzuführen." Demnach würde es auch für die Gastronomie keinen Anlass mehr geben, Impfdaten über Gäste zu führen. Denn für die Erhebung von Kontaktdaten gebe es im Sinne der Pandemiebekämpfung keine rechtliche Grundlage mehr.

Arbeitgeber müssen Corona-Daten löschen: Ausnahme im Gesundheitswesen

Doch was wenn nochmal zurückgerudert werden muss in Sachen Corona-Regeln? Denn immerhin warnte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zuletzt noch vor einer „Killervariante" des Coronavirus. Sollten also neue Corona-Regeln in Kraft treten, müssten die Daten neu erhoben werden. Eine Ausnahme gelte jedoch im Gesundheitsbereich. Das betreffe insbesondere die einrichtungsbezogene Impfpflicht, die für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Arztpraxen, Krankenhäusern und Pflegeheimen gilt. Dort verändere sich an der rechtlichen Grundlage

zunächst nichts.* kreiszeitung.de und 24hamburg.de sind ein Angebot von IPPEN.MEDIA. (Mit dpa Material)

https://journalistenwatch.com/2022/04/21/gigantischer-corona-testbetrug/ 21.4.2022

Gigantischer Corona-Testbetrug: Kassenärztliche Vereinigungen wollen nicht aufklären

Sagenhafte 12,2 Milliarden Euro Steuergeld wurde für Corona-Test verpulvert. In ebenso sagenhaftem Stil wurde das Geld von Betrügern einkassiert. Die Kassenärztlichen Vereinigungen hätten die verdammte Pflicht, dies aufzuklären. Aber genau das wird nie passieren.

Die Summe ist enorm: Über 12 Milliarden Euro hart verdientes Steuergeld hat das Corona-Regime mit vollen Händen hinausgeschmissen. Jeder der behauptet hatte, eine Corona-Teststation zu betreiben, wurde dafür fürstlich entlohnt. Abgerechnet wurde via Pauschalbeträgen mit den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV). Bis Juli letzten Jahres wurden ganze 18 Euro pro Corona-Test erstattet. Niemand überprüfte bei der KV, ob die Zentren echte oder gefälschte Rechnungen einreichten.

Bundesweit haben die Behörden laut der Welt in rund 650 Fällen Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlichen Abrechnungsbetrugs mit Corona-Tests eingeleitet. Laut Corona-Testverordnung müssen die KVen Rückzahlungsansprüche geltend machen und die Gelder an den Bundeshaushalt zurückzahlen, wenn sie im Rahmen von Abrechnungsprüfungen feststellen, dass Vergütungen zu Unrecht gewährt wurden. Allein: Die KV ist nicht in der Lage – oder willens – dazu. Wie eine Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage aus der AfD-Bundestagsfraktion zeigt, veranlassten lediglich fünf der 17 Kassenärztlichen Vereinigungen überhaupt entsprechende Rückzahlungen – zwischen knapp 20.000 Euro aus dem Saarland bis zu knapp 1,7 Millionen Euro aus Baden-Württemberg. Bis Mitte April lag die Summe der

Rückzahlungen an den Bundeshaushalt durch die KVen laut Bundesgesundheitsministerium bei 3,64 Millionen Euro.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Braun hält es für „alarmierend", dass viele große Kassenärztliche Vereinigungen laut Bundesregierung bislang gar keine Beiträge zurückgezahlt haben. Das könne aufgrund der hohen Anzahl von Ermittlungsverfahren wegen Abrechnungsbetrugs gar nicht sein, da in diesen Fällen Rückzahlungen erfolgen müssten. „Ich fordere darum dringend, den Kassenärztlichen Vereinigungen endlich Anreize für Abrechnungsprüfungen anzubieten. Ansonsten werden die verpulverten Steuerzahler-Milliarden für immer verschwunden bleiben", so Braun. (SB)

https://www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/berlins-senat-laesst-die-krankenhaeuser-am-langen-arm-verhungern-li.223529
22.4.2022

„Berlins Senat lässt die Krankenhäuser am langen Arm verhungern"

Politische Lehren aus der Pandemie? Fehlanzeige, sagen die Kliniken und demonstrieren vor dem Berliner Abgeordnetenhaus. Sie fühlen sich im Stich gelassen.

Berlins Kliniken an der Niederkirchnerstraße demonstrieren am Montagvormittag (25.4.2022) ab 10 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus gegen den Doppelhaushalt des Senats. https://www.pflegejetztberlin.de/

Zu der Kundgebung hat die Berliner Krankenhausgesellschaft (BKG) aufgerufen. Sie sieht die Sicherheit der stationären Versorgung wegen Unterfinanzierung gefährdet. BKG-Geschäftsführer Marc Schreiner erklärt, woran es den Kliniken vor allem mangelt – und wo die Politik dringend handeln muss.

Herr Schreiner, die Berliner Krankenhausgesellschaft (BKG) hat für diesen Montagvormittag um 10 Uhr zu einer Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus aufgerufen. Warum?

Am Montag diskutiert der Gesundheitsausschuss des Parlaments über den Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023. Bis Ende Juni soll darüber entschieden werden. Es handelt sich aus unserer Sicht um einen Sparhaushalt. Lediglich 150 Millionen Euro sind für die jährliche Förderung aller Krankenhäuser der Stadt vorgesehen. Das ist weniger als im Vorjahr, das ja auch schon unzureichend finanziert war. Damals gab es aber immerhin ein zusätzliches Kreditprogramm, sodass die Kliniken gefühlt mehr Geld zur Verfügung hatten.

Wie viel hätten die Krankenhäuser denn gern?

Wir veranstalten hier ja kein Wunschkonzert. Die Krankenhäuser haben einen Rechtsanspruch gegenüber dem Land Berlin. Wir haben mehrfach nachgewiesen, dass wir 350 Millionen Euro pro Jahr an Investitionen bis 2030 benötigen. …….

https://www.rnd.de/politik/corona-vierte-impfung-in-niedersachsen-ab-herbst-WUGTQWGCFHBLYWTGBHQXHVT5EE.html 20.4.2022

Corona: Niedersachsen will mit der vierten Impfung ab Herbst beginnen

In Niedersachsen sollen mit Beginn des Herbstes alle Bürgerinnen und Bürger das Angebot einer vierten Corona-Impfung bekommen. Das gab der Corona-Krisenstab der Landesregierung bekannt. Mit dieser Maßnahme wolle man das Infektionsrisiko vor dem Winter wieder senken.

Hannover. Mit Beginn des Herbstes sollen in Niedersachsen erneut flächendeckend Corona-Impfungen für alle angeboten werden. Das berichtet die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ). Wie die Vize-Leiterin des Corona-Krisenstabs der Landesregierung, Claudia Schröder, am Mittwoch in Hannover mitteilte, würde die dritte Impfung dann bei den meisten mehr als sechs Monate zurückliegen.

Ziel der vierten Impfung sei es, das Infektionsrisiko vor dem Winter wieder zu senken. Die Infrastruktur mit impfenden Ärzten sowie mobilen Impfteams werde daher weiterhin aufrechterhalten. Ob im September ein

speziell auf die Omikron-Variante abgestimmter Impfstoff verabreicht werden kann, sei noch nicht klar.

In Niedersachsen sind vor allem die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte für Impfungen zuständig. Im Jahr 2022 haben sie rund 1,6 Millionen Corona-Impfungen verabreicht. Mobile Impfteams spritzten etwa 600.000 Dosen des Vakzins. Bisher sind im flächenmäßig zweitgrößten Bundesland Deutschlands 78,5 Prozent der Bevölkerung mindestens einmal geimpft. Die Auffrischungsimpfung haben 63,8 Prozent erhalten.

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/ohne-effekt-hamburg-und-meck-pomm-mit-maske-und-3g-im-hotspot-a3800123.html
21.4.2022

Ohne Effekt: Hamburg und Meck-Pomm mit Maske und 3G im Hotspot

Umsonst mussten die Menschen in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern die Hotspot-Politik ihrer Regierungen erdulden. Gegenüber den anderen 14 Bundesländern ergab sich keine nennenswerte Verbesserung der ursprünglichen Inzidenzlage. In Hamburg hatte man sich sogar trotz guter Inzidenzlage für 3G und Masken entschieden.

Nach dem Auslaufen der bisherigen gesetzlichen Grundlage für die Corona-Maßnahmen am 19. März einigte sich die Ampel-Koalition nach langwierigen Verhandlungen auf eine Neuregelung des Infektionsschutzgesetzes.

Seit dem 20. März wurde das Konzept im Grunde genommen auf zwei Basissäulen gestellt, wie das Bundesgesundheitsministerium mitgeteilt hatte: Basisschutz für vulnerable Gruppen mit Masken- und Testpflicht in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, Testpflicht in Schulen und Kitas sowie Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr.

Die zweite Säule stellt die sogenannte Hotspot-Regel dar, die auch für ein ganzes Bundesland gelten könne, erklärte Minister Lauterbach im Bundestag. Dafür könnten demnach bei „bedrohlicher Infektionslage"

zusätzliche Schutzmaßnahmen angeordnet werden, wie „Maskenpflichten, Abstandsgebote, Nachweispflichten oder Hygieneauflagen".

Von dieser Hotspot-Regel machten mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern allerdings nur zwei Bundesländer Gebrauch – mit ganz unterschiedlichen Ausgangssituationen. Doch welches Ergebnis brachte die Hotspot-Regel mit Maskenpflicht und 3G diesen Bundesländern im Vergleich mit jenen, die sich für Öffnungen entschieden?

In einer Info-Grafik der „Bild" mit Stand vom 19. April und auf Basis von RKI-Daten ist zu sehen, dass sich die Entwicklung in Hamburg in der Tendenz nicht sonderlich vom Rest der Bundesländer unterscheidet, trotz Hotspot-Regel.

Aus der Inzidenzkurve geht hervor, dass die Fallzahlen seit Einführung der Hotspot-Regel in Hamburg permanent etwas über dem Bundesdurchschnitt verlaufen. Dabei war Hamburg sogar mit der zweitniedrigsten Inzidenz der Bundesländer in die Hotspot-Regel gegangen. ……..

https://reitschuster.de/post/geplatzter-maskendeal-stolpert-markus-soeder-ueber-seine-ehefrau/ 20.4.2022 Von Kai Rebmann

Geplatzter Maskendeal: Stolpert Markus Söder über seine Ehefrau? Opposition fordert Konsequenzen für Skrupellosigkeit und Korruption der „CSU-Lügenbarone"

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) scheint sich immer mehr für König Markus I., den Unantastbaren, zu halten. Derselbe Markus Söder, der die Bürger in Bayern seit über zwei Jahren mit völlig unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen zum Narren hält, zeigte erst in den letzten Tagen wieder, dass für ihn offensichtlich andere Regeln gelten als für den gemeinen Pöbel.

Am 9.4.2022 teilte er per Twitter mit, dass er sich mit Corona infiziert habe und nur drei Tage später überraschte das Gesundheitsministerium

dann mit der Ankündigung, dass Corona-Infizierte in Bayern „ab Mittwoch (13.4.2022, Anm. d. Autors) nur noch fünf Tage in Isolation" müssen. Diese Lockerung sollte ursprünglich erst zum 1.5.2022 greifen.

Dann feierte Markus Söder Ostern unmittelbar nach Beendigung seiner Quarantäne zunächst auf dem Augsburger Plärrer (Sonntag) und anschließend auf dem Georgiritt in Traunstein (Montag). Dabei hatte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) in der Vorwoche anlässlich der Verkürzung der Quarantänezeit gegenüber dem „BR" noch betont: „Gleichwohl appellieren wir an die Menschen, sich verantwortungsvoll zu verhalten." Das hieße, auch nach Ende der Isolation „noch eine Zeit lang eine Maske zu tragen und Kontakte zu reduzieren".

Als wäre eine so offene Verhöhnung der eigenen Wähler nicht schon schlimm genug, deckten die „Nürnberger Nachrichten" am Osterwochenende einen weiteren Skandal aus dem Hause Söder auf. aranà,

Die Meldung, dass Karin Baumüller-Söder mit der Corona-Pandemie Geld verdienen wollte oder dies zumindest versucht hat, ist zwar nicht neu, wurde von der CSU sowie regierungstreuen Medien und Faktencheckern aber stets ins Reich der Fabel verwiesen. Erste Gerüchte darüber waren im Mai 2020 aufgekommen, dann noch einmal um den Jahreswechsel 2020/21. …….

https://www.thegatewaypundit.com/2022/04/11-year-old-girl-brazil-died-four-days-threatened-forced-take-covid-vaccine/ 19.4.2022

11-Year-Old Girl From Brazil Died Four Days After She Was Threatened and Forced to Take COVID Vaccine

A young girl from Londrina, Paraná, Brazil died four days after being forced to take the Covid-19 shot.

Izabella da Silva, 11 years old, died on April 8 after she took the experimental Covid-19 shot. According to State Deputy Ricardo Arruda, the school pressured and threatened the young girl.

The school reportedly told Silva that a complaint will be filed against her parents to the Guardianship Council, and she would be removed from them if she won't take the vaccine.

Izabella took the vaccine on April 4. She began to experience severe headaches a few days later and died on April 8.

Brasilsemmedo reported:

[Translation] According to reports, the girl would have been threatened by the direction of the school where she studied. The school's management reportedly said that if Izabella did not get the vaccine, her parents would be reported to the Guardianship Council and she would be removed from her parents, informed state deputy Ricardo Arruda (PL-PR).

https://tkp.at/2022/04/19/in-italien-erstes-europaeisches-sozialkreditsystem-kommt/ 19.4.2022

In Italien: Erstes europäisches Sozialkreditsystem kommt

Es ist so weit: Ab Herbst gibt es auf europäischem Boden das erste Sozialkreditsystem. In Italien, in Bologna kommt es zum „Pilotprojekt". Tugendhaftes Verhalten wird Punkte bringen, die gegen Belohnungen eingetauscht werden können.

Es wird ernst mit dem Sozialkreditsystem. Ursprünglich eine Innovation aus China, hat sich die EU das gesellschaftliche Kontrollsystem des „Sozialkredits" mittlerweile angeeignet. In Herbst kommt das erste Modell nach Europa. Die „Smart Citizen Wallet".

Sozialkreditsystem kommt nach Europa

Zunächst ist die App freiwillig und sie funktioniert ganz wie ein Sozialkreditsystem aus dem Lehrbuch. Tugendhafte Bürger, die Müll

trennen, die Öffis benutzen, keine Verwaltungsstrafen kassieren, werden „Punkte" sammeln. Welche Belohnungen man für die Punkte dann eintauschen kann, werde „derzeit definiert", sagte Massimo Bugano, der am Projekt arbeitet der Zeitung „Corriere di Bologna". Ein bisschen Zeit hat die Stadtverwaltung von Bologna noch, das Projekt soll nach dem Sommer beginnen.

Der Bürger wird damit erstmals in Europa sortierbar. Er wird eingeteilt in den guten, tugendhaften Bürger und den schlechten, getadelten Bürger. Die Fragen, die darauf folgen sind offenkundig: „Werden jene, die die den Kriterien der herrschenden Ideologie oder das, was von einigen Politikern als tugendhaft angesehen wird, nicht entsprechen, zunächst durch den Entzug von Vorteilen bestraft, bevor sie an den Rand gedrängt werden? Was wird aus denjenigen, die sich nicht fügen wollen, die darauf beharren, ihr unveräußerliches Recht auf freien Willen auszuüben?", fragt der französische Journalist Yannick Chatelain.

Die Befürwörter beruhigen. „Natürlich" sei die Teilnahme am Projekt freiwillig. Man sei aber überzeugt, dass viele Bürger teilnehmen werden, immerhin gebe es viele Vorteile zu gewinnen.

Chatelain: „Man muss kein großer Visionär sein, um sich vorzustellen was passieren wird: Meiner Meinung nach wird es zunächst diejenigen geben, die mitmachen werden. Das Mitmachen wird von ihren Initiatoren – in einer extrem reduzierenden Weise (vgl. Wirtschaftskrise, Kaufkraft, ungewisse Zukunft) – als ein erster Beweis für den Bürgerwillen einiger dargestellt werden kann. Was die Verweigerer betrifft, so werden sie möglicherweise ausgesondert."

Digitale Identität

Wie freiwillig wird das System in ein paar Jahren noch sein können? Interaktion mit der Behörde könnte in Zukunft eine „Smart Citizen Wallet" benötigen. Nicht im Herbst, doch die Entwicklung ist nicht zu leugnen. Auch in Österreich: die „ID Austria" ersetzt die „Bürgerkarte" und die

„Handysignatur" und ist ein entscheidender Schritt in Richtung des österreichischen „smarten Bürgers".

Und im Hintergrund läuft auf großer Ebene das große Projekt: das „European Digital Identity Wallet" – ein Projekt der EU-Kommission und Ursula von der Leyen. Hinter all den Projekten versteckt sich noch kein offenes Sozialkreditsystem wie jetzt in Bologna, doch es ist ein deutlicher Schritt in die Richtung. Ein kleines „Feature" mehr auf der App und die Sortierung der Bürger durch die Autorität kann beginnen. Zugleich entwickelt sich ein verdeckter Smartphone-Zwang: Zuerst kann der Führerschein digitalisiert werden, der analoge Ausweis wird aber noch akzeptiert werden. Irgendwann aber nicht mehr. Dann bedeutet das: Smartphone-Ausweis oder kein Führerschein.

Die EU-Kommission agierte hier im Schatten der sogenannten „Corona-Pandemie" äußerst ambitioniert. Laut der „Thales-Group", die an der Entwicklung der „European ID wallet" arbeitet, will die Kommission, dass bis Herbst 2023 jedem EU-Bürger eine solche App angeboten werden kann. …..

https://www.heute.at/s/shanghai-100202093 18.4.2022

Menschen sterben – Diese Folgen hat der Shanghai-Lockdown

Drei Corona-Todesfälle hat Shanghai zuletzt vermeldet. Nun werden immer mehr Berichte über Personen laut, die aufgrund des Lockdowns versterben.

Seit nun fast einem Monat befindet sich Shanghai in einem harten Corona-Lockdown. Der Unmut der Bevölkerung an dieser Maßnahme hat aber zuletzt deutlich zugenommen, auch weil nennenswerte Erfolge im Kampf gegen das Virus zuletzt nicht erzielt wurden– im Gegenteil.

Bevölkerung reicht's mit Null-Covid

"Die Menschen sterben", hatte ein Bewohner der Metropole auf ein Stück Stoff geschrieben und an einen Baum gehängt und damit für Unruhe

gesorgt. Die Bevölkerung setzt sich mittlerweile stark gegen die Corona-Maßnahmen zu Wehr und spricht sich gegen die Obrigkeit aus.

Wer in Shanghai positiv auf das Virus getestet wird, muss sein Haus verlassen. Anders als zuletzt, als Infizierte noch unter drakonischen Ausgangsbeschränkungen litten und teilweise ohne Essen in ihren Häusern ausharren mussten, sind mittlerweile Quarantäne-Quartiere errichtet worden.

Die Situation in diesen Quartieren ist erschreckend. Tausende Betten aneinandergereiht, grelles Licht, das die ganze Nacht brennt, keine Duschen, verdreckte Toiletten. Die Angst der ausländischen Bewohnerinnen und Bewohner von Shanghai, in diesen Unterkünften zu landen, ist nun groß.

Die internationale Staatengemeinschaft drängt demnach China, Lockerungen einzuführen. "Jeder ist fassungslos, dass dies in der fortschrittlichsten Stadt Chinas passiert", sagt Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handelskammer. Wirtschaftsverbände wie die EU-Kammer zum Standard.

Die Essenspakete, die die Corona-positiven von der Stadtregierung erhalten, sorgen ebenfalls für Schrecken. Teilweise sind die Lebensmittel in diesen bereits verfault oder mit Chemikalien behandelt, die sie ungenießbar machen. Wer noch in Heim-Quarantäne ist, wird im wahrsten Sinne des Wortes zu Hause eingesperrt. Die Behörden würden demnach die Türen der Wohnhäuser verriegeln.

Zuletzt hatte die Regierung in Shanghai drei Corona-Todesfälle gemeldet. Doch neben Corona gibt es mittlerweile andere Todesfälle, die sich in der Handelsmetropole häufen. Menschen erliegen einem Herzinfarkt, da sie ohne PCR-Test in kein Krankenhaus kommen. Chemo- und Dialyse-Patienten sterben, weil sie die Belastung innerhalb der Gesellschaft nicht mehr aushalten. Die Corona-Diktatur in China sorgt nun für mehrere Opfer.